

# Noch immer nicht abgeschafft

**Arbeit** Historiker Lothar Letsche spricht bei der DGB-Ausstellungseröffnung über Berufsverbote im Haus der Bildung.

**Schwäbisch Hall.** „Vom Radikalenerlass waren nicht nur Lehrer betroffen, sondern auch Lokomotivführer und Postboten. Wahlkandidaturen für sozialistische oder kommunistische Parteien, das Mitsingen in einem linken Chor und die Nähe zu Hausbesetzern waren Ablehnungsgründe für eine Anstellung im öffentlichen Dienst“, schildert Siegfried Hubele, Kreisvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) bei der Eröffnung der Ausstellung „200 Jahre Repression und Berufsverbote“ im Haus der Bildung. Die Ausstellung soll laut Pressemitteilung nicht nur Geschichte zeigen, sondern auch gegen die aktuell verabschiedeten Polizeigesetze mobilisieren.

## **Beginn: Karlsbader Beschlüsse**

Silvia Bambusch, Personalrätin der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, erinnerte an die Tradition der Berufsverbote. „1819 mit den Karlsbader Beschlüssen fingen die Berufsverbote gegen ‚Reichsfeinde‘ an.“ Linke, Sozialisten, Republikaner seien verfolgt, Turner- und Burschenschaften verboten worden. „Während des Ersten Weltkrieges wurden Pazifistinnen verfolgt. Viele gingen ins Exil“, so Bambusch. Eine der ersten Amtshandlungen im Hitlerfaschismus sei die Entfernung von Nazigeegnern und Juden aus dem öffentlichen Dienst gewesen. Hauptreferent Lothar Letsche führte dazu aus: „Im Rahmen der Ausstellung geht es um die Entwicklungen in Deutschland vor allem nach 1945, um das Aufzeigen von Unterdrückung und Verfolgung systemkritischer und linker Opposition. Der Radikalenerlass von 1972 verstieß gegen zentrale Grund- und Menschenrechte.“ Fast 50 Jahre danach gibt es immer noch keine offizielle Aufarbeitung der Berufsverbote, heißt es weiter. Offiziell seien nur im Saarland, Bremen und Niedersachsen die Berufsverbote abgeschafft. So gebe es nach wie vor in Bayern Fragebogen mit einer langen Liste angeblich „verfassungsfeindlicher“ Organisationen.

## **„Es herrscht Funkstille“**

Die Initiative aus Baden-Württemberg hoffte darauf, dass unter Ministerpräsident Kretschmann der „Radikalenerlass“ in Baden-Württemberg abgeschafft wird. „Doch falsch gedacht“, so Lothar Letsche. „Es herrscht Funkstille.“ Deshalb fordere die Initiative unter anderem eine vollständige Rehabilitierung, materielle Entschädigung, Herausgabe der Verfassungsschutzakten, die Aufhebung der diskriminierenden Urteile und das Ende der Bespitzelung kritischer Opposition durch den Verfassungsschutz und seine Abschaffung.

**Info** Die Ausstellung kann noch bis zum 6. August besichtigt werden.